

1607/J

der Abgeordneten DDr. Niederwieser  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Wissenschaft, Verkehr und Kunst  
betreffend soziale Herkunft der ErstinskribentInnen

Medienberichten der letzten Tage war zu entnehmen, daß die Zahl der Erstinskribierenden im Wintersemester 1996/97 im Verhältnis zum WS 1995/96 zurückgegangen sei. Dies kann auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sein, wobei vermutlich mehrere zusammenwirken.

Demografischen Entwicklungen, ein verstärkter Zugang zu den anderen postsekundären Bildungseinrichtungen (insbes. Fachhochschulen), ein unmittelbarer Berufseintritt statt eines Studiums (insbes. nach einer BHS Matura), soziale Barrieren infolge der Sparpakete, schlechtere Berufsaussichten für Akademiker, eine höhere Zahl von Österreichern, die im Ausland studieren, Einschränkungen bei der Zulassung ausländischer Studierender u. sw.

Die unterzeichneten Abgeordneten teilen dabei nicht die fallweise geäußerten Befürchtungen, daß durch den Rückgang der Erstinskribenten der Bildungsstand der österr. Bevölkerung automatisch sinken würde, da dafür wohl eher die Zahl der Studienabsolventen als jene der Erstinskribenten maßgeblich sein wird und eine Umorientierung zu einer Strategie des lebensbegleitenden Lernens nur möglich sein wird, wenn das Durchschnittsalter des Berufseintritts zumindest konstant bleibt und nicht weiter ansteigt.

Für sozialdemokratische Abgeordnete keinesfalls akzeptabel wäre es, wenn der Rückgang der ErstinskribentInnen auf einen Rückgang bei den Kindern aus Familien mit geringen Einkommen oder von Studierinteressenten, die sich selbst erhalten müssen, zurückzuführen wäre. Bei allen Diskussionen zu den Budget - Konsolidierungsmaßnahmen haben die unterzeichneten Abgeordneten deutlich festgestellt, daß die soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen gewährleistet sein muß und daß genau beobachtet werden wird, ob Maßnahmen vor allem im bildungs- und familienpolitischen Bereich soziale Zugangsbarrieren bedeuten.

Würde dies bei einzelnen Maßnahmen festgestellt, dann muß eine sofortige Änderung erfolgen. Solche Befürchtungen betrafen vor allem die Streichung der Fahrersätze für Studenten sowie die Streichung der "Heimfahrtbeihilfe" aus dem Familienlastenausgleichsgesetz (für welches - wie den Unterzeichnern bekannt ist - der Familienminister zuständig ist).

Aus all den genannten Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft, Verkehr und Kunst folgende

.A n f r a g e

1. Wie hat sich die Zahl der Erstinskribierenden in den Wintersemestern der letzten drei Jahre insgesamt und an den einzelnen Universitäten entwickelt ?
2. Wie hat sich die Zahl der Erstinskribenten in die Fachhochschulstudiengänge in den letzten Jahren entwickelt ?
3. Verfügt Ihr Ministerium über Informationen, wie sich die Zahl der Studienanfänger an den sonstigen "postsekundären Bildungseinrichtungen" entwickelt hat und wenn ja, wie lauten diese ?
4. Wie hat sich die Zahl der ausländischen Erstinskribierenden in den genannten Zeiträumen entwickelt ?
5. Verfügt das Bundesministerium über Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung der Erstinskribierenden ?
6. Wenn ja, sind in diesem Bereich in den letzten drei Jahren Veränderungen festzustellen ?
7. Wenn nein, werden Sie um das im Motiventeil der Anfrage genannte Ziel (keine sozialen Barrieren für den Hochschulzugang) zu unterstützen, solche Untersuchungen in Auftrag geben ?

8. Wie lauten die Erfahrungen mit den Fahrtkostenzuschlägen zur Studienförderung als Ausgleich für die bisher aus dem Familienlastenausgleich finanzierte Maßnahmen ?

9. Welche Entwicklungen werden vom Bundesministerium hinsichtlich der Erstinskribierenden in den nächsten Jahren zu erwartet ?